

## ***Eine Zukunftsperspektive für den Nahen Osten***

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat im Jahr 2023 eine Eskalation erfahren, die eine Gewaltspirale in der gesamten Region nach sich zog. Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen beispiellosen Terrorangriff in Israel. Dieser grausame Angriff hat nicht nur unvorstellbares Leid über die israelische Bevölkerung gebracht, sondern auch tiefe Narben im kollektiven Gedächtnis der jüdischen Gemeinschaft weltweit hinterlassen. Vor diesem Hintergrund hat der Bundeskongress 2023 der Jungen Europäischen Föderalist:innen (JEF) Deutschland bereits in dem Beschluss “Hamas Terror verurteilt, Eskalation verhindern, Jüdisches Leben verteidigen” die Gewalt und die Geiselnahmen verurteilt. Diese Verurteilung bekräftigen wir an dieser Stelle.

Der darauf folgende Krieg führte insbesondere durch die Kriegsführung Israels mit der Regierung Netanjahu im Gazastreifen zu einer katastrophalen humanitären Situation mit einer unvorstellbaren Anzahl von Toten und Verletzten, sowie einer zerstörten Infrastruktur, die das Leben von Millionen von Zivilist:innen untragbar macht. Als JEF Deutschland verurteilen wir diese Art der Kriegsführung Israels sowie die Ausweitung des völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und die seit Jahrzehnten herrschende Gewalt in den palästinensischen Gebieten. Die Grundlage für ein friedliches Leben in Sicherheit und Freiheit und Gleichheit vor dem Recht muss für Palästinenser:innen sowohl in den palästinensischen Gebieten als auch in Israel gewahrt sein.

Trotz der vereinbarten Waffenruhe zeigt sich kein echtes Ende des Konflikts. Diese Waffenruhe wird immer wieder gebrochen, sodass die Menschen vor Ort nach wie vor unfassbares Leid erfahren.

Der Krieg hat das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinenser:innen weiter zerrüttet und die Aussichten auf eine politische Lösung massiv erschwert. In dieser schwerwiegenden Lage beobachten wir mit Sorge die zunehmenden antisemitischen und rassistischen Angriffe zunehmen und jüdische Menschen, insbesondere junge Menschen und Studierende, Räume wie Universitäten oder zivilgesellschaftliche Jugendstrukturen zunehmend als feindlich empfinden. Dies widerspricht in fundamentaler Weise den Prinzipien eines offenen und pluralistischen Europas. Die europäische Außenpolitik zeigt sich in dieser Krise gespalten und ohne klare, geeinte Stimme.

Die fortwährende Gewalt und die Verletzungen des Völkerrechts erfordern ein klares, entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Die Europäische Union (EU) ist gefordert, ihre Rolle als Brückenbauerin zu stärken und zu einer Lösung zu kommen, die auf den Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte beruht.

Forderungen:

1. Stabilisierung der Sicherheitslage und Förderung von Versöhnung:

Die JEF Deutschland verurteilt in aller Schärfe die Kriegsverbrechen, die sowohl von der israelischen als auch der palästinensischen Seite begangen wurden. Fortlaufend wird durch Gewalt, die unschuldige Zivilist:innen betrifft, schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und die fundamentalen Prinzipien der Menschlichkeit begangen. Insbesondere die Angriffe auf Zivilisten, die Geiselnahme Unschuldiger, sexualisierte Gewalt, das Aushungern, die Zerstörung von Infrastruktur und die willkürliche Inhaftierung von Palästinensern sind nicht hinnehmbar. Das menschliche Leid und die katastrophale Versorgungslage im Gazastreifen ist nicht hinnehmbar. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Israel in der Region einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist, die durch den andauernden Terrorismus der Hamas und anderer extremistischer Gruppen verstärkt wird. Diese Bedrohung darf nicht unterschätzt werden und Israel hat das Recht, seine Bevölkerung zu schützen.

Die traumatischen Erfahrungen, der Verlust und das Leid, das die israelischen und palästinensischen Zivilist:innen durchlebt haben, sind auf beiden Seiten tief verwurzelt. Die Handlungen beider Seiten werden durch einzelne Akteure bestimmt, aber der Gesamteindruck und die Verantwortung wird auf die ganze Seite als scheinbar kollektiver Akteur übertragen. Unsere israelischen und palästinensischen Partner:innen im Rahmen des Projektes "Federalist Peace Forum", die den Weg des Dialogs und der Versöhnung suchen, sind Vorbilder für uns. Die JEF Deutschland fordert daher, dass diese empathische Haltung im politischen Diskurs verankert wird und als Grundlage für eine künftige Friedensordnung dient.

Als nächste zwingende Schritte auf dem Weg zu einer stabilen Ordnung betont die JEF Deutschland, dass es eine echte Waffenruhe geben muss. Die sterblichen Überreste der noch immer im Gazastreifen zurückgehaltenen Geiseln sollen unverzüglich an ihre Familien überführt werden, um ihnen endlich würdige Bestattungen zu ermöglichen. Ebenso erforderlich ist ein umfassender Wiederaufbau des Gazastreifens, der den Menschen vor Ort Sicherheit, Gesundheit und ein Leben in Würde ermöglicht. Darüber hinaus muss die Existenz bewaffneter Gruppen außerhalb legitimer staatlicher Strukturen, einschließlich der Hamas, beendet

werden, um den Weg für eine zivile und verantwortliche Selbstverwaltung zu öffnen, in der die Menschenwürde den Kern politischer Gestaltung bildet.

Eine nachhaltige Lösung setzt auch eine juristische Aufarbeitung der Völkerrechtsverstöße voraus, die zügig und unabhängig erfolgen muss. Es muss eine glaubwürdige, internationale Strafverfolgung erfolgen, die die Verantwortlichen für die Eskalation und die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zieht. Nur durch eine konsequente juristische Aufarbeitung und die Anerkennung der Verbrechen kann Vertrauen in den Friedensprozess wiederhergestellt werden.

## 2. Föderale Weiterentwicklung der Zwei-Staaten-Lösung:

Die JEF Deutschland sieht die Lösung des Konflikts basierend auf der Zwei-Staaten-Lösung, die ausgehend von der regionalen politischen Diskurstradition föderal weitergedacht werden kann. Hierzu ist der erste Schritt eine Anerkennung des palästinensischen Staates und der Rückzug der israelischen Armee aus Gaza und dem Westjordanland, basierend auf der UN-Resolution Nummer 181(II) von 1947. Ein konföderales Modell kann dabei als realistische Zwischenstufe dienen, das ähnlich der frühen europäischen Integration gemeinsame Institutionen ermöglicht, ohne die staatliche Eigenständigkeit unmittelbar aufzuheben. Zugleich eröffnet eine solche Struktur Perspektiven für eine zukünftige regionale Integration im Nahen Osten, die Kooperation über die Grenzen Israels und Palästinas hinaus fördert und langfristige Stabilität unterstützt. Ein föderales Modell könnte darüber hinaus eine Lösung für die komplexen Herausforderungen des israelisch-palästinensischen Konflikts darstellen, indem es die Zusammenarbeit und Koexistenz beider Nationen auf gleicher Augenhöhe fördert und anerkennt, dass beide Seiten eine Verbindung zu dem Land haben.

Diese Idee fand bereits Ausdruck im „Federalist Peace Forum“, das im September 2025 auf Ventotene stattfand und in dem junge Menschen aus Israel und Palästina eine entsprechende gemeinsame Erklärung verabschiedeten. Wir rufen dazu auf, diese föderal gedachte Weiterentwicklung der Zwei-Staaten-Lösung in den politischen Diskurs einzubringen, so wie bereits im italienischen Senat und im Bundestag geschehen, und als langfristige Vision für die Region zu etablieren. Diese ist geprägt von einer großen ethnischen und religiösen Vielfalt. Diese umfasst neben jüdischen Israelis und muslimischen Palästinenser:innen bspw. Auch arabische Israelis, Drusen, Christ:innen und Bahá'í. Mithilfe föderaler Lösungen können die Rechte all dieser Gruppen institutionell verankert und so eine Koexistenz ermöglicht werden.

## 3. Stärkung der Rolle der EU als außenpolitischer Akteurin:

Die EU muss ihre außenpolitische Rolle dringend stärken und einen kohärenten, gemeinsamen Kurs verfolgen. Eine einheitliche, klare Position ist notwendig, um als glaubwürdiger Vermittler und Friedensakteur wahrgenommen zu werden ohne dabei koloniale Strukturen zu reproduzieren grundlegendes Erfordernis hierfür ist das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat abzuschaffen.

Die Mitgliedsstaaten der EU werden auf UN-Ebene aufgerufen eine UN- Peacekeepingmission zu unterstützen.

#### 4. Bekämpfung von Antisemitismus und Diskriminierung in Europa:

Die JEF Deutschland verurteilt entschieden jede Form von Antisemitismus und Diskriminierung, die im Zuge des Konflikts und des Diskurses darüber in Europa aufgetreten sind. Es ist unsere Verpflichtung als Europäer:innen, diesen Phänomenen entschieden entgegenzutreten und die europäische Gesellschaft gegen Hass und Intoleranz zu verteidigen. Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus haben in unserem Europa keinen Platz.

#### 5. Förderung von Dialog und Verständigung durch zivilgesellschaftliche Initiativen:

Die JEF Deutschland fordert, dass zivilgesellschaftliche Initiativen zur Förderung des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses zwischen israelischen und palästinensischen jungen Menschen verstärkt unterstützt werden. Diese Initiativen tragen entscheidend zur Schaffung von Vertrauen und langfristigen Frieden bei.

Das europäische Friedensprojekt – insbesondere die deutsch-französische Freundschaft – zeigt, dass selbst tief verwurzelte Feindschaften überwunden werden können, wenn dieser Dialog und gegenseitige Anerkennung wachsen. Dieses Beispiel lässt sich nicht einfach übertragen, kann aber als Inspiration und Beweis dienen, dass Versöhnung trotz schmerzhafter Geschichte möglich ist und ist unsere Motivation, unsere Freund:innen aus der Region zu unterstützen.

Die Situation im Nahen Osten stellt uns vor eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Gewalt muss beendet werden, und die internationale Gemeinschaft muss ihre Verantwortung übernehmen, um den Friedensprozess voranzutreiben. Wir, die JEF Deutschland, stehen zu unserer Vision eines föderalen Nahen Ostens, die Frieden institutionell verankert und auf den Prinzipien der Würde des Einzelnen sowie der Achtung des Völkerrechts basiert. In diesem Sinne fordern wir alle Entscheidungsträger und Akteure auf, die notwendigen

## Beschluss des Bundesausschusses der Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland e.V



Schritte zu unternehmen, um eine friedliche und gerechte Lösung für alle Menschen in der Region zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stimme der Zivilgesellschaft und der Jugend in der Region gehört wird und dass wir gemeinsam eine Welt gestalten, in der alle Menschen in Sicherheit und Würde leben können.